



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/139

Hannover, 15. November 48

Zwang und Freiheit

=====
Von Friedrich Stampfer

Wer die Diskussionen über den Kurs der westdeutschen Wirtschaftspolitik aufmerksam verfolgt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass um die Dinge zuviel Worte gemacht werden, soviel, dass man hinter den Worten die Dinge gar nicht mehr sieht. Wenn die Verteidiger jenes Kurses von "sozialer Marktwirtschaft" sprechen, klingt das wie Orgelton und Glockenklang. Wenn sie von "Zwangswirtschaft" reden, glaubt man zu hören, wie zwickende Zangen in lebendigem Fleisch knirschen. Aber was ist das: soziale Marktwirtschaft? Und was ist Zwangswirtschaft?

Die Magie der Worte ist so stark, dass manche von uns, wenn sie das Wort "Zwangswirtschaft" hören, erschrocken zurückfahren und ihre Unschuld beteuern. Wer wäre nicht gegen Zwang? Wer wäre nicht für Freiheit?

So ist es im Reich der Worte. Wie ist es in der Wirklichkeit? Jede vernünftige Ordnung beruht mehr oder weniger auf Zwang. Niemand hat die Freiheit, seine Kinder anstatt in die Schule in die Spinnerrei zu schicken und als Träger von Pestbazillen frei herumzulaufen oder im Hundertkilometertempo auf der linken Strassenseite zu fahren. Überall, wo infolge von Krieg oder Naturkatastrophen wirtschaftliche Notstände entstehen, muss der Staat mit wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen eingreifen. Auch im freien und reichen Amerika gab es während des Krieges eine weitgehende "Zwangswirtschaft", oder, wie Herr Dr. Pinder noch schöner sagt, eine "nationalsozialistische Zwangswirtschaft". Noch heute sind drüben die Mietpreise zwangswirtschaftlich gebunden, während alle anderen Preise fast auf das Doppelte hoch gegangen sind. Auch im freien Amerika hat Truman mit der Forderung einer Ausdehnung der Preiskontrolle seinen Wahlsieg errungen. Auch die amerikanische Militärregierung in Deutschland fordert - unter Berufung auf den starken Anteil, den Amerika an der Ernährung des deutschen Volkes hat - dass die Lebensmittel gerecht verteilt werden. Wie soll das möglich sein ohne einen gewissen Zwang? Und was sind "Lebensmittel"? Schliesslich sind Kleider, Schuhe, Betten usw. auch "Lebensmittel", denn unter unserem Himmelstrich kann es leicht den Tod be-

deuten, wenn man sie nicht hat. Wo ist die Grenze?

Nun über "soziale Marktwirtschaft". Das Wort ist eines von jenen, für die der Spruch gilt:

Herrlich - etwas dunkel zwar,
Doch es klingt ganz wunderbar.

Entweder ist "soziale Marktwirtschaft" ein leeres Wort, leer wie ein ausgeblasenes Ei, oder es bedeutet etwas, und dann kann es nur bedeuten, dass die Marktwirtschaft durch staatliche Massnahmen in sozialem Sinn beeinflusst oder gelenkt werden soll. Das kann nicht durch blosses gutes Zureden geschehen, sondern nur durch den Erlass von Vorschriften, die befolgt werden müssen und die zu diesem Zweck mit gewissen Sanktionen versehen sind. Die "soziale Marktwirtschaft" kann gar nicht "sozial" sein, ohne bei ihrer heftigsten Gegnerin, der "Zwangswirtschaft", eine gehörige Anleihe zu machen.

Nun ist aber "Zwang" auch ein weiterer Begriff. Zwang kann sanft sein bis zur Unmerklichkeit oder brutal bis zur Bestialität. Er wird das erste sein können, wo die Erkenntnis der Notwendigkeit der durch ihn gesicherten Massnahmen so gut wie allgemein ist. Er wird in dem Grade härter werden müssen, in dem er gegen Verständnislosigkeit und Böswilligkeit zu kämpfen hat. Wo die Achtung vor dem Gesetz fehlt, kann nur die Angst vor der Polizei helfen.

Es ist aber das Unglück des deutschen Volkes, dass es immer zu wenig Achtung vor dem Gesetz und zu viel Furcht vor der Polizei gehabt hat. Wir wollen keine Wirtschaft, in der "über Polizeiknäppel regiert", sondern eine, in der die Achtung vor dem Gesetz die Anwendung des Polizeiknäppels überflüssig macht. In dieser Beziehung können wir viel vom englischen Volke lernen, das seine rationierte "austerity" mit sozialem Verständnis und gutem Bürgersinn erträgt.

Die Verantwortlichen der bizonalen Wirtschaftspolitik haben gewiss nicht die Absicht, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, aber sie sollten überlegen, ob nicht ihre unterschiedlose Verdammung alles dessen, was unter den Begriff der "Zwangswirtschaft" gebracht werden kann, objektiv einer Ermütigung zur Gesetzesverletzung nahe kommt. Ohne Massnahmen, die als "zwangswirtschaftlich" gebrandmarkt werden können, wird auf lange Zeit hinaus keine deutsche Regierung auskommen, ohne sie lässt sich auch keine "soziale Marktwirtschaft" schaffen. Was wir am meisten brauchen, sind nicht Wortgefechte über verschwommene Begriffe, sondern die Verbreitung der Erkenntnis, dass staatliche Eingriffe in die Wirtschaft - über deren Mass und Art man verschiedener Meinung sein mag - unvermeidlich sind und dass jeder Bürger dem Gesetz Gehorsam schuldet. Absatz in neue Katastrophen kann nur vermieden werden durch soziales Verständnis und demokratische Disziplin. (b/1311/2/hc)

Im "volksdemokratischen" Rumänien

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter)

W.K. Wer heute Bukarest besucht, findet das bekannte Bild der rumänischen Metropole wieder; die Autos stauen sich in den Strassen, die Bukaresterinnen sind elegant wie je. Die Wunden, die der Luftkrieg geschlagen hat, wurden längst beseitigt. Besteigt man am Piata Bratianu eines der zahllosen Taxis, grosse amerikanische Limousinen, die im Laufe der Jahre allerdings recht klapprig geworden sind, und fährt man den breiten Boulevard Bratianu hinunter, so meint man, in einer Großstadt des Westens zu sein, erinnert nicht Farbenpracht und Lärm daran, dass Bukarest eine südlich-orientalische Stadt ist.

Doch es ist nur scheinbar noch das Bukarest der Vorkriegszeit. Vergebens sucht man die altbekannten Lokale und Geschäfte; es ist kaum eines da, das nicht den Besitzer gewechselt oder in ein staatliches "Volksrestaurant" bzw. eine Verkaufsgenossenschaft umgewandelt worden wäre. Überall gibt es neue Gesichter; die Elite von einst ist verschwunden. Alle bekannten Vereine, kulturellen, caritativen und kirchlichen Institutionen sind aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und ihre Gebäude irgendwelchen neugeschaffenen Ämtern zur Verfügung gestellt, was meist bedeutet, dass sie leer stehen.

Die rege Bautätigkeit ist geblieben, doch tritt heute fast ausschliesslich der Staat als Bauherr auf. Der Staat baut überall Versammlungslökele, Kinos, Syndikatsgebäude oder auch, wie in Hermannstadt, das etwa 90000 Einwohner hat, ein Heim mit drei Stockwerken für die 60 Strassenkehrer der Gemeinde.

Mehr als in Bukarest hat sich das Gesicht der Provinz gewandelt. Durch die Agrarreform verloren die Grossgrundbesitzer nicht nur ihren gesamten Boden, sondern auch ihre Wohnhäuser. Die grossen Güter wurden in kleine Bauernstellen aufgeteilt, die meist von einer für mitteleuropäische Begriffe unvorstellbaren Armseligkeit sind. In Siebenbürgen und im Banat, dessen heute enteignete Bauern eine hochintensive Landwirtschaft mit viel Viehzucht und Hackfruchtbau betrieben haben, fällt die rückschrittliche Entwicklung zu kilometerweitem Maisanbau besonders ins Auge. Dennoch sind die Stadtmärkte, wie in alten Zeiten, überreichlich beschickt. Obst und Gemüse, Eier, Butter, Milch, Rahm und Käse werden in jeder Menge frei angeboten. Trotzdem gibt es Hunderttausende von Hungernden. Und wahrscheinlich ist der Unterschied zwischen arm und reich noch nie so krass gewesen. Es hat sich eine soziale Umschichtung vollzogen, wie sie einschneidender nicht gedacht werden kann. Wer früher tonangebend war, ist jetzt arm und aus dem öffentlichen Leben verschwunden.

Nach der Agrarreform hat der Staat durch die Übernahme der Industrie bis hinab zum Kleinbetrieb, durch die weitgehende Ausschaltung des privaten Einzelhandels, durch die dauernden "Säuberungsaktionen" in der Armee, im Beamtenkörper und in den freiberuflichen Organisationen ein Heer von Arbeitslosen geschaffen, das sich in der Hauptsache aus Angehörigen des Mittelstandes zusammensetzt. Dabei liegen die Preise auch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse heute so hoch, dass selbst die in Arbeit Stehenden sich nur das Notwendigste leisten können. Neben den hohen Aufwendungen für die Ernährung verschlingen die unvorstellbaren hohen Tarife für Gas, Strom, die zahllosen städtischen Gebühren für Wasser, Müllabfuhr, Strassenreinigung und dergl. den Rest des Einkommens. Die Bauern können der hohen Lebensmittelpreise nicht froh werden. Ihr Gewinn wird durch rigorose eingetriebene Steuern ihnen fast restlos abgenommen.

Der zahlenmäßig nicht bedeutenden, aber gut organisierten und in jeder Hinsicht bevorzugten Industriearbeiterschaft, den Bauern und den arbeitslosen Intellektuellen steht eine kleine Zahl von kommunistischen Funktionären gegenüber, die heute die Spitzen der "Gesellschaft" bilden. Sie bewohnen elegante Villen, fahren in amerikanischen Autos und sind die einzigen Nutzniesser des gegenwärtigen Regimes. Obwohl Rumänien heute als der willfährigste aller Satellitenstaaten Moskaus gilt, ist seine Bevölkerung doch niemals kommunistisch gewesen und ist es heute weniger denn je.

Ostzonenpolizei aus Kriegsgefangenen

sp: Durch die Kriegsgefangenenlager in Russland ging Anfang August die Parole: Alle in der Ostzone beheimateten Kriegsgefangenen, die sich der Ostzonenpolizei freiwillig zur Verfügung stellen, kommen sofort nach Hause. Tatsächlich wurden alle Kriegsgefangenen, die sich meldeten, in ein Sammelager überführt. Hier erfolgte nun eine Auslese nach folgenden Bedingungen:

1. Nicht älter als Jahrgang 1910.
2. In der Ostzone oder Ostgebieten beheimatet und auch geboren.
3. Keine Verbindung mit den Bewohnern der Westzone (Verwandte).
4. Verpflichtung zum Polizeieinsatz auf drei Jahre.
5. Redeverbot über alles, was mit der Ostzonenpolizei zusammenhängt.
6. Völlige Gesundheit.

Etwa 50% der Bewerber erfüllten diese Bedingungen nicht. Sie wurden in ihre Arbeitslager zurücktransportiert. Die übrigen, neu geworbenen Polizeianwärter kamen in ein Lager, wo unter völliger Abgeschlossenheit die Vorbereitungen begannen. Anfang Oktober sahen dann die Heimkehrer ihre Kameraden, die zur Ostzonenpolizei geworben waren, wieder. Ihr Äusseres war nicht wiederzuerkennen. Jeder

15. November 48

Bekleidung noch Gesundheitszustand liessen irgendeinen Tadel offen. Aber die Männer trugen finstere Mienen, sie lachten nicht und scherzten nicht. Mit grossen Buchstaben stand an den Waggons "Nicht ansprechen!". Dieser Transport war sehr viel stärker von russischen Posten bewacht als die normalen Kriegsgefangenentransporte in die Heimat. Er wurde auch nicht in Brest wie üblich ausgeladen und nochmals kontrolliert. Er wurde nach zweistündigem Aufenthalt in Richtung Ostzone weitergeleitet.

In Frankfurt/Oder erfuhren dann die Heimkehrer, dass der Transport sechs Tage vor ihnen in Frankfurt/O. angekommen war und geschlossen in eine Kaserne geführt wurde, wo die Verpflichtung auf drei Jahre unterschrieben werden musste. Wer es sich unterwegs anders überlegt hatte, wurde in die Kriegsgefangenschaft zurückgeführt. In Frankfurt/O. erhielten die neuen Polizisten einen dreiwöchigen Urlaub. Sie müssen sich dann bei einer der Polizeischulen in Fürstental, Pirna, Gara oder Rostock melden. Hier beginnt ihr Dienst bei der Ostzonenpolizei. (b/Bl/1511/2/he)

Französischer Vorstoss

sp. Die Londoner Verhandlungen über die Ruhr stehen sehr stark im Zeichen französischer Bemühungen, die Kontrolle des Ruhrgebietes soweit wie möglich auszudehnen. Ein erster Erfolg dieser Bemühungen ist das Zugeständnis der anderen Mächte an Frankreich, dass in London auch über die Verwaltung der Ruhr und nicht nur über die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse des Ruhrgebietes verhandelt werden soll. Damit ist praktisch erreicht, dass das kürzlich erlassene Gesetz über die Treuhänderschaft an der Ruhr, das wieder deutschen Stellen erhebliche Rechte zuwies, zumindest noch einmal vor einem sehr gewichtigen internationalen Forum zur Diskussion gestellt wird.

Es liegen Informationen vor, aus denen sich ergibt, dass der französische Druck in London sehr beträchtlich gewesen ist. Er konnte es sein, weil die taktische Position der französischen Unterhändler in einem Augenblick ausgesprochen stark ist, in dem so viel auf die Einmütigkeit der westalliierten Stellungnahme in der Berliner Frage ankommt. Auch die deutsche Mission des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin François-Poncet gewinnt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung. Dabei dürfte der Kreis der Aufgaben, den man diesem erfahrenen Diplomaten zugewiesen hat, sehr viel weiter reichen. Man nennt neben der Ruhrfrage die nachdrückliche Vertretung des französischen Standpunktes in den Fragen der Bonner Konstitution, der Zonenvereinigung und schliesslich die territoriale Neuordnung Südwestdeutschlands, einschliesslich des Landes Rheinland-Pfalz. (m/1/1511/1/he)

Die Wahlen hinter dem Seidenen Vorhang

sp. Die französische Zone hat sich am Generalstreik nicht beteiligt, weil die Vorbereitungszeit zu kurz war und weil man einen Einspruch der Besatzungsmacht befürchtete. Aber die Bevölkerung der französischen Zone ist am Sonntag zu den Wahlen geschritten und hat solcherart ein Votum abgegeben, das man nicht als undemokratisch diffamieren kann, wie man es beim Proteststreik versucht hat.

Mainz, die Hochburg des politischen Katholizismus in der französischen Zone, hat eine sozialdemokratische Mehrheit bekommen - dieses Wahlergebnis spricht am treffendsten für die Resultate der anderen Städte, in denen jetzt die CDU-Bürgermeister durch solche von der SPD abgelöst werden. Auch dies waren Kommunalwahlen, aber wie in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben in den Wahlkämpfen nicht lokale Gesichtspunkte die Parolen geliefert, sondern Fragen der überregionalen Politik, wie die Frankfurter Wirtschaftspolitik und, in stärkerem Maße als in den beiden erwähnten Ländern, indirekt die Beratungen von Bonn. Es hat der CDU nichts geholfen, daß sie die SPD fälschlicherweise als Gegnerin des Christentums hingestellt und daß sie das bekannte Märchen aufgetischt hat, die SPD verlange die Einführung der Zwangswirtschaft; es hat ihr aber ungeheuer geschadet - und sie kann diesen Schaden von den Wahlziffern ablesen - daß sie in den Ländern der französischen Zone einen Föderalismus propagiert hat, der die Grenzen von "gesund" überschreitet und mit den bekannten linksrheinischen Tendenzen bereits einen Charakter annimmt, der vom Separatismus nicht mehr allzuweit entfernt ist.

Das Volk hinter dem Seidenen Vorhang hat diesen Charakter erkannt, auch der überraschende Besuch des französischen Außenministers Schuman konnte es nicht vom besseren Willen der CDU überzeugen. Daher ist der Wahlsieg der SPD links und rechts vom Rhein als ein Votum für die deutsche Einheit zu werten. Der Erfolg der Demokratischen Partei, die in dieser Hinsicht eine ähnliche Politik verfolgt wie die SPD, verstärkt diesen Eindruck, wenn auch die Demokraten nicht in dem von ihnen erwarteten Maße gesiegt haben, weil die Bevölkerung zwischen dem billigen Nationalismus dieser Partei und der Absplittierungspolitik der CDU den goldenen Mittelweg der Vernunft, verkörpert in der SPD, gewählt haben. Es ist zu hoffen, daß nun auch Staatspräsident Wohlleb aus diesem Wunsch der Bevölkerung die notwendigen Konsequenzen zieht und seinen unverständlichen Widerstand gegen die geplante Ländervereinigung in Südwestdeutschland aufgibt. Ebenso hat der Wahlausgang im Lande Rheinland-Pfalz der CDU jede Legitimation für einen weiteren Widerstand gegen die Auflösung dieses Landes genommen. Hier fordert bekanntlich die SPD eine Aufteilung des Landes mit Anschluß an größere benachbarte Gebiete diesseits des Rheins.

(m/2/1611/2/ns)

Finnische Regierungspläne

RH Stockholm, Mitte Nov. 1948

Nach der Abwehr der kommunistischen Streikversuche geht die sozialdemokratische Minoritätsregierung in Finnland an eine umfassende Aktion heran, um das stark abgesunkene Lebensniveau der finnischen Bevölkerung wieder zu heben.

Das Volkseinkommen wird durch Steuersenkungen und staatliche Leistungen erhöht werden. Im November wird in Finnland zum ersten Male an alle Lohnempfänger pro Kind ein monatlicher Staatsbeitrag von 600 Finnmark ausgezahlt. Diese Maßnahme bedeutet für das ganze Land pro Jahr eine Kaufkrafterhöhung um acht Mrd. Finnmark. Nach Neujahr wird eine Steuerherabsetzung erfolgen, welche die Kaufkraft um weitere 6,5 Mrd. Finnmark steigern wird. Allein diese Steuersenkung kommt einer Lohnerhöhung um 5,5 Prozent gleich. Schließlich wird die Invalidenunterstützung um 3,5 Mrd. Finnmark pro Jahr erhöht.

Um zu verhindern, daß durch diese Maßnahmen der Inflationsdruck verstärkt wird, sollen - abgesehen von einer allgemeinen Produktionssteigerung - in größerem Ausmaße als bisher Konsumgüter aus dem Auslande bezogen werden. Durch Importe ist es bereits gelungen, die Preise für Fleisch und Butter herabzudrücken. Durch Reduzierung von Einfuhrzöllen wurden u.a. auch die Preise für Arbeitskleidung um etwa 50 Prozent gesenkt. Schließlich will die Regierung im Budget 1949 drei Milliarden Finnmark für den Bau von 7000 Wohnungen zur Verfügung stellen.

Durch das neue Index-System ist die Preisentwicklung mit der Lohnhöhe in der Weise gekoppelt, daß bei einem Ansteigen des Preisindex um fünf Punkte die Löhne automatisch um 5,5 Prozent erhöht werden. Seit Oktober 1947 sind zwei derartige Erhöhungen vorgenommen worden. Der Preisindex zeigte folgende Entwicklung: Oktober 1947 100, Februar 1948 114, Mai 1948 111, August 1948 112. Finnland hat die ärgsten Nachkriegsprobleme - Neuansiedlung und Arbeitsinsatz der Bevölkerung aus dem russisch gewordenen Ostfinnland, Beseitigung der Kriegsschäden in Nordfinnland, Reparationsleistungen an Rußland - zum großen Teile gemeistert. Die restlichen Reparationsverpflichtungen sind von Rußland um 50 Prozent ermäßigt worden. Das Ansehen der Regierung ist im Wachsen. Der Druck aus der Sowjetunion hat zur Zeit etwas nachgelassen. Hierfür sind wohl vor allem außenpolitische Überlegungen in Moskau maßgebend, die wieder mit der Frage einer militärischen Bindung Schwedens an den Westen zusammenhängen dürften.

- - -